

Andrea Nahles

Über die Weiterentwicklung einer traditionellen Beziehung

Für mehr Rationalität im Verhältnis von Gewerkschaften und SPD



Andrea Nahles, geb. 1970 in Mendig/Rheinland-Pfalz, Studium der Literaturwissenschaften in Bonn, Doktorandin an der Uni Bonn, Sprecherin Forum Demokratische Linke 21, Mitglied im Präsidium der SPD.

2003 war das Jahr der Gewerkschaftshetze. Völlig enthemmt prügeln Westerwelle & Co. auf die Mitbestimmung und ihre Repräsentanten. Vom „Kartell“ der Tarifparteien war die Rede, als handele es sich dabei um eine Bande sizilianischer Schutzgelderpresser. Anlass für diese Profilierungsschlachten war auch die Agenda 2010-Rede des Bundeskanzlers, der gesetzliche Lockerungen der Tarifautonomie nicht ausschloss. Eine Position die erstmalig von einem sozialdemokratischen Bundeskanzler- und Parteivorsitzenden vertreten wurde und das Spektrum der Debatte nach rechts verschob. Die Folge: 2003 wurde auch das Jahr der Bruch-Rhetorik. Der „Bruch eines historischen Bündnisses“ zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei wurde von zwei Akteuren ausgerufen: von „konservativen“ Medien und „linken“ Gewerkschaftern. Und tatsächlich entwickelte sich die Position, eine autonomere Haltung der Gewerkschaften gegenüber der Bundesregierung einzunehmen, im Laufe des Jahres 2003 - innerhalb der IG Metall, innerhalb von ver.di und anderen - zur mehrheitsfähigen Strategie. Der öffentliche Protest gegen Sozialabbau wurde Zug um Zug zur entscheidenden gewerkschaftlichen Handlungsorientierung ausgebaut.

Die Weggefährten lassen voneinander ab

Das Jahr 2004 schickt sich an, diese strategischen Grundanlagen einzulösen. Der Massenprotest ist auf der Straße angekommen - mit 500.000 Menschen gelang im April eine machtvolle Demonstration der Mobilisierungskraft der Gewerkschaften. Aber damit nicht genug. Das

Spektrum der Aktivitäten reicht von der individuellen Kündigung der SPD-Mitgliedschaft durch zahlreiche Gewerkschafter über die Gründung einer „Initiative für Arbeit und Gerechtigkeit“, die sich ausdrücklich die Option zur Gründung einer Partei vorbehält, bis hin zu einem Perspektivkongress, der den gewerkschaftlichen Schulterchluss mit attac und einem bunten Strauß linksalternativer Gruppierungen versucht. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung ist das von der IG Metall initiierte und von anderen DGB-Gewerkschaften aufgegriffene Arbeitnehmerbegehren. Die Botschaft der Gewerkschaftsspitzen ist eindeutig: Das Gros der Gewerkschaften setzt sich ab von der SPD, von der rot-grünen Bundesregierung und setzt stattdessen auf eine Bürgerbewegung, die es erst noch zu formieren gilt. Zwar wird bilateral und im Kreis der Gewerkschaftsvorsitzenden mit der SPD-Spitze und dem Kanzleramt geredet, aber Dynamik hat das kaum mehr. Das Verhältnis zueinander ist von Misstrauen geprägt. Die Spitzen des DGB, der IG Metall und von ver.di machen längst keinen Hehl mehr daraus, wo sie ihre strategischen Schwerpunkte setzen. Nach dem Agenda-Überfall des Bundeskanzlers und den schwierigen Verhandlungen im öffentlichen Dienst erscheint vielen Gewerkschaftern offensichtlich der außerparlamentarische Raum viel versprechender, wenn es darum geht, den eigenen politischen Vorstellungen zum Durchbruch zu verhelfen. Auffallend ist, dass die von der SPD eingeleitete Selbstkorrektur, die auf dem Parteitag in Bochum begonnen hat und seit der Wahl eines neuen Parteivorsitzenden tatsächlich auch politische Konsequenzen zeigt (Stichwort: Ausbildungsplatzumlage, neuer Wachstumskurs und Bürgerversicherung) von den Gewerkschaften kaum wahrgenommen wird. Zumindest führt sie nicht mehr erkennbar zu einer Annäherung der strategischen Optionen. Was hier in nüchterner Form dargestellt wird, kann eine fundamentale Verschiebung des Verhältnisses von Gewerkschaften und Sozialdemokratischer Partei zur Folge haben. Es scheint, die Weggefährten der Arbeiterbewegung, die sich über das letzte Jahrhundert trotz vieler Erschütterungen und unterschiedlicher Positionen immer an der Hand gehalten haben, lassen voneinander ab - in meinen Augen eine klassische „lose“/„lose“-Situation. Offensichtlich funktioniert die alte These vom „getrennt marschieren, aber vereint schlagen“ nicht. Ja, der Punkt ist: Das ist nicht mal mehr beabsichtigt. Die Folgewirkungen sind schon jetzt spürbar. Beide Großorganisationen haben dramatisch an Mitgliedern verloren. Der Trend konnte in beiden Organisationen bislang nicht gestoppt werden, obwohl man sich politisch doch sehr unterschiedlich aufgestellt hat. Für die SPD ist die Situation ernst. Ihre strukturelle Mehrheitsfähigkeit steht zur Disposition. Für die Gewerkschaften ist die Situation ebenfalls ernst. Tarifvertragliche Durchsetzungskraft, finanzielle und organisationspolitische Streikfähigkeit und der Einfluss im politischen Raum hängen selbstverständlich nicht zuletzt von den Mitgliederzahlen ab.

Plädoyers für mehr Dialog, strategische Rationalität und programmatische Erneuerung

Für eine politische Kommunikation: Die Kommunikation von Gewerkschaftern und Sozialdemokraten muss sich vom Ton der wechselseitigen Anklage hin zu einem politischen Dialog verändern. Das setzt voraus, dass beide Seiten bereit sind, ihre Stärken und Schwächen miteinander zu diskutieren. Derzeit erschöpft sich der Umgang miteinander im öffentlichen Schlagabtausch. Beide Seiten beschränken sich auf die banale Erscheinungsebene – die politisch-inhaltlichen Konflikte, die unterschiedlichen Interessen werden zwar inszeniert, aber nicht lösungsorientiert verhandelt. Konzentriert wird sich auf die Enttäu-

schung, die man miteinander erlebt hat. Das nonchalante Desinteresse des Bundeskanzlers gegenüber gewerkschaftlichen Positionen wird mit der SPD gleichgesetzt und umgekehrt werden in der SPD die Großdemonstration und das Arbeitnehmerbegehren vielfach nur als Provokation empfunden, ohne die reale Stimmung der Arbeitnehmerschaft und deren legitimes Recht hinter der artikulierten Kritik ernst zunehmen. Selbstkritisch müssen sich beide Seiten fragen, ob das historisch gewachsene Bündnis nicht viel zu sehr als selbstverständlich hingenommen wurde. Wie viele funktionierende und regelmäßige Gespräche auf den unterschiedlichen Ebenen der Partei und den Gewerkschaften gibt es? Wie viele befassen sich mit den fundamentalen Fragen der eigenen programmatischen und organisationspolitischen Entwicklung? Und wie viele junge Funktionsträger sind auf beiden Seiten miteinander im Gespräch? Nach meiner Beobachtung fehlt es dafür auf beiden Seiten an Problembewusstsein. Kontakte und ein regelmäßiger Austausch sind organisierbar. Packen wir es an.

Für mehr strategische Rationalität: Man braucht sich: In einem Beitrag für die „Berliner Republik“ fasst Anke Hassel die wesentliche Voraussetzung für eine positive Vorwärtsstrategie beider Organisationen zusammen: „Ein konstruktives Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften müsste bei dem Eingeständnis beginnen voneinander abhängig zu sein.“ Der Satz hat es in sich.

Die gängige Argumentation lautet: Wenn die SPD ohne Mehrheit ist, gibt es kein Vakuum, sondern schlicht andere Mehrheiten. Das sieht konkret so aus, dass die Rechte der Gewerkschaften stärker beschnitten würden. So jedenfalls das Programm der CDU/CSU-FDP. Aber ganz so einfach ist es nicht. Besonders in der SPD wird unterschätzt, dass der Handlungsradius der Gewerkschaften sich nicht nur auf den parlamentarischen Raum erstreckt, sondern auch auf den Betrieb und die Gesellschaft. Das, was man in Berlin an Boden verliert, so glauben viele Gewerkschaftsstrategen, könne man durch Zustimmung in der Gesellschaft und in den Belegschaften wettmachen. Hier unterschätzen die Gewerkschaften umgekehrt die Bedeutung einer stabilen politischen Partnerschaft mit der SPD. Eine Analyse dieser Behauptung findet nur oberflächlich statt. Es stellt sich folgende Frage: Gibt es die Chance auf eine gesellschaftliche Hegemoniefähigkeit der Gewerkschaften, wenn gleichzeitig die SPD ihre Hegemoniefähigkeit verliert? Oder anders ausgedrückt: Gibt es zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten immer noch starke soziologische Schnittmengen und ideologische Werteschnittmengen, die für ihre jeweilige Durchsetzungskraft und Mehrheitsfähigkeit entscheidend sind? Und wenn ja, kann dann einer ohne den anderen hegemoniefähig werden? Während die Gewerkschaften große Probleme haben, Angestellte, Frauen und moderne Berufsgruppen (z.B. IT-Bereich) zu organisieren, hat bei vielen in der SPD im Zuge der Agenda 2010-Debatte eine Nichtachtung der Werte und Interessen der eigenen Wählerbasis um sich gegriffen, die historisch wohl einmalig sein dürfte. Anders gesagt: Während die Gewerkschaften Gefahr laufen, sich sozialstaatlich und gesellschaftlich zu sehr einer Minderheitenorientierung anzuschließen, die moderne Facharbeiter- und Angestelltenmilieus kaum anspricht, hat sich die SPD mit ihrer Konzentration auf Meinungseliten in Berlin von ihrer Wählerbasis gefährlich entfernt. Beide Großorganisationen verstoßen gegen ihre ureigensten strategischen Interessen.

Optimale Verhandlungsfähigkeit der Gewerkschaften: Mehr strategische Rationalität hieße demnach für Gewerkschaften die folgende Frage zu beantworten: Unter welchen Bedingungen können Gewerkschaften ihre optimale Verhandlungsfähigkeit erreichen? Eine vorläufige Antwort: Sie müssen ihre eigene Operationsbasis in den Betrieben stärken und ausbauen, ideologische Widerstände im gesellschaftlichen Raum auflösen. Beides wird

dauerhaft ohne verlässliche Bündnispartner im politischen Betrieb nicht funktionieren. Mehr Autonomie im Verhältnis von Gewerkschaften und SPD ist durchaus sinnvoll, wenn gleichzeitig die strategische Partnerschaft nicht gefährdet wird.

Gerechtigkeit und Innovation: Mehr strategische Rationalität heißt für die SPD, selbstkritisch mit dem angestoßenen Reformprozess umzugehen. Die wahlsoziologische Bestandsaufnahme belegt, dass die SPD ihre Wähler vom Arbeiter zum postmaterialistischen Studienrat findet. Das Begriffspaar „Innovation und Gerechtigkeit“ hat eine Brücke geschlagen von der traditionellen zur modernen SPD-Anhängerschaft. Der erfolgreiche Wahlkampflogan des Jahres 1998 umfasst auch heute noch das Spektrum, in dem sich die Mehrheitsfähigkeit der SPD entscheidet. „Soziale Gerechtigkeit“, auf diese sind die unteren Schichten angewiesen, während die besser gestellten Schichten, die der SPD nahe stehen, „Soziale Gerechtigkeit“ als zentrale Wertebasis akzeptieren. Dass insbesondere die gewerkschaftsorientierten Teile der sozialdemokratischen Wähler darauf negativ reagieren, durfte nicht überraschen. „Soziale Gerechtigkeit“ unterliegt dem Wandel der Zeit – sie muss immer wieder neu interpretiert und erweitert werden, aber sie muss eben auch angewandt werden. Entgegen öffentlicher Unterstellungen wissen das die Sozialdemokraten auch an der Basis. Wenn Veränderungen notwendig sind, wenn sich die Bedeutung des Begriffs verschiebt, was zig Mal in der Geschichte der SPD geschehen ist, dann muss das klar gesagt werden. Die SPD hat versäumt, einen nachvollziehbaren Pfad für diesen Abwägungsprozess aufzuzeigen. Eine politische Führung hätte faire Regeln für den Veränderungsprozess – selbstverpflichtend – aufstellen müssen. Das ist nicht rechtzeitig geschehen und bis heute unvollendet. Gleichberechtigt daneben sind Innovationen ein wichtiges Politikfeld zur Erneuerung unserer gesellschaftlichen und ökonomischen Fundamente. Sie sind aber auch strategisch ein wichtiger Faktor, um zusätzliche Wählerpotentiale für die SPD zu erschließen. Wer Gerechtigkeit und Innovation gegeneinander diskutiert, verliert von beiden Seiten des Wählerspektrums. Beide Themen müssen integriert werden.

Fazit: Die zentralen Wählerschichten und die zentralen Grundorientierungen von SPD und Gewerkschaften sind hegemoniefähig. Hegemoniefähigkeit gibt es aber nur für die Linke. Nicht für die SPD einerseits oder die Gewerkschaften andererseits. Nur gemeinsam können Sozialdemokraten und Gewerkschaften erfolgreich sein. Um wieder dort hin zu kommen, müssen sich beide bewegen.

Für eine programmatische Erneuerung auf beiden Seiten: SPD und Gewerkschaften müssen sich darüber klar werden, dass die wechselseitige Entfremdung ein Ausdruck tiefer liegender Probleme ist. Wer nur mit Verratsunterstellungen gegenüber der SPD operiert oder umgekehrt Gewerkschaften nur als Bremsklötze gesellschaftlicher Innovationen begreift, wird keine Wege aus der Sackgasse aufzeigen können. Die SPD gibt Altes auf. Die Gewerkschaften nehmen Neues nur ungenügend an. So sehen es viele. Aber auch hier bewegen wir uns auf der Erscheinungsebene. Tatsächlich kämpfen beide Großorganisationen an einem gemeinsamen Problem: der Verarbeitung von Moderne. Nehmen wir noch einmal den Umgang mit der „Sozialen Gerechtigkeit“ als Leitfrage: Gewerkschaften und SPD erleben soziale Gerechtigkeit nicht als unveränderbare Größe. Soziale Gerechtigkeit fungiert als Chiffre: eine Gesellschaft, die mit sich selbst immer wieder neu aushandeln muss, was hinnehmbare Ungerechtigkeit und was zu vermeidende Ungerechtigkeit ist. Genau in dieser Verhandlungssituation sehen sich Sozialdemokraten und Gewerkschaften nicht immer auf derselben Baustelle streiten. Aber ist das wirklich so? Da sind die Kapitalinteressen anonymen Pensionsfonds mit den global operierenden Großunternehmen, die sich einen Teufel um nationale Besonderheiten scheren. Da stehen steigende Qualifikationsanforderungen im

Raum, die sowohl finanziell als auch gesellschaftlich einen neuen Bildungs- und Qualifikationsschub notwendig machen. Und da sind die gewachsenen Lebensbiografien von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die nicht einfach in die Flexibilisierungserfordernisse hineinpassen. Da sind die berechtigten Schutzinteressen der Arbeitnehmer in der Auseinandersetzung mit den von den Börsen geleiteten Interessen der Unternehmen. Vor diesem Hintergrund stellt sich beiden - Gewerkschaften wie SPD - dieselbe Frage: Wie kann linke Politik neu ausgehandelt werden? Welche Themen wären für beide Partner entscheidend? Einige Vorschläge:

Eigenverantwortung und Mitverantwortung: Immer wieder werden Eigenverantwortung und Mitverantwortung gegeneinander diskutiert. In der Öffentlichkeit werden die Gewerkschaften oft als Mitbestimmungsspezialisten wahrgenommen, die die nötige Eigenverantwortung der Menschen vernachlässigen, weil sie darauf setzen, dass staatliche und tarifvertragliche Regelungen den Menschen mehr Sicherheit geben. Umgekehrt wird der Diskurs zur Eigenverantwortung seitens der Gewerkschaften nicht selten als vordergründiger Schachzug eingestuft, um kollektivrechtliche Vereinbarungen zu atomisieren. Erstaunlich ist dabei, dass beide Seiten an Schablonen kleben, die sie selber nicht für alltagstauglich halten. Die Arbeitszeitdebatte der letzten Monate ist ein „gutes“ Beispiel für eine misslungene Positionsbestimmung im linken „Lager“. Arbeitszeitregulierung wurde von den Gewerkschaften über den 35-Stunden-Streik der IG Metall als kollektiver Umverteilungskampf inszeniert, während viele – nicht zuletzt sozialdemokratische – Länder gleichzeitig eine kollektive Arbeitszeitverlängerung durchgepaukt haben, ohne Alternativen ernsthaft mit den Belegschaften zu verhandeln. Arbeitszeitregulierung und Mitbestimmung in einer modernen weder individualistischen noch kollektivistischen Form zu realisieren - das wäre möglich. Interessanterweise hat Steffen Lehndorff auf einer Arbeitszeitpolitischen Konferenz der IG Metall im Oktober 2002 dafür einen Fahrplan entworfen. Moderne Arbeitszeitpolitik in den Betrieben könnte demnach so aussehen, dass Tarifverträge keine starren Regeln mehr vereinbaren, sondern verbindliche Verhaltensregeln („Wenn-Dann-Bestimmungen“) an die Stelle von pauschalen Öffnungsklauseln treten. Dem folgend könnten gleichzeitig Mitbestimmungsschwellen definiert werden. Kurz: Arbeitszeitguthaben würden nicht unbedingt innerhalb eines Ausgleichszeitraums abgebaut werden, sondern es würde festgelegt, wann über konkrete Maßnahmen zum Abbau des Guthabens verhandelt werden *muss*. Und zuletzt sollten einzelnen Beschäftigten in Eigenverantwortung entscheiden, wann sie Einfluss auf ihre persönliche Arbeitszeit nehmen wollen. Das Fazit von Lehndorff lautet, es braucht ein neues Verständnis von Regulierung: die Ermöglichung von Vielfalt. Eigenverantwortung *und* Mitverantwortung.

Sicherheit und Flexibilisierung: Flexicurity ist ein viel zitiertes Schlagwort, das nur unzureichend ausgefüllt wird. Gerade was moderne Arbeitsbiografien angeht, muss das Ausformulieren einer Flexicurity-Strategie ein elementar „linkes“ Projekt sein. Der einzelne Arbeitnehmer soll - so liest man allerorten - die Organisation der eigenen Erwerbsbiografie übernehmen. Er/Sie hält nicht an dem einmal erworbenen Arbeitsplatz fest, sondern ist bereit, sich permanent weiterzubilden und berufliche Wechsel zu schultern. Der persönliche Lebensfahrplan folgt dem Arbeitsplatz. Eine linke Antwort darauf: Ja, aber ein starker Sozialstaat und ein flankierendes hochwertiges Bildungs- und Weiterbildungssystem werden ihn/sie dabei unterstützen. Konkret würde das bedeuten, dass die Arbeitsmarktpolitik umgebaut werden muss. Gerade wenn in absehbarer Zeit Fachkräftemangel zum entscheidenden Problem wird, während gleichzeitig viele Millionen Menschen den modernen Qualifikationsprofilen (noch) nicht entsprechen, brauchen wir Weiterbildungspfade für die un-

terschiedlichsten Qualifikationsniveaus – inner- und außerhalb der Betriebe. Wir müssen unsere Arbeitslosenversicherung zu einer Qualifikations- und Arbeitsversicherung umbauen. Gesellschaftliche Innovationskräfte mobilisieren – das betrifft nicht alleine den High-Tech-Ingenieur. Das ist eine Aufgabe für Altenpflegerinnen, Lehrer, Selbständige und Beamte. Und genau das wäre eben eine mehrheitsfähige Strategie von links.

Makroökonomische Wachstumsstrategie und moderne Industriepolitik: Tatsächlich gehört die makroökonomische Finanz- und Beschäftigungspolitik in Deutschland zu den vernachlässigten Politikfeldern. Die einzelbetriebliche Perspektive dominiert. Nicht zuletzt die SPD hat hier Defizite, die dringend aufgearbeitet werden müssen. Ein gemeinsames Forum zur Erarbeitung wirtschaftspolitischer Strategien existiert nicht. Neoliberale und konservative Akteure brauchen so etwas auch nicht. Sie dominieren nahezu alle Wirtschaftsinstitute und Universitäten. So setzen sich Gewerkschaften und Sozialdemokraten auf dem Niveau der 1970er-Jahre auseinander. Den Gewerkschaften wird plumper Keynesianismus unterstellt, die SPD schwankt zwischen Neoliberalismus mit sozialem Antlitz und kleinbürgerlichem Spareifer. Moderne linke Politik müsste stattdessen eine neo-keynesianische und europäisch abgestimmte Fiskal- und Beschäftigungspolitik überhaupt erst wieder entwickeln und diese mit einer modernen Industriepolitik verkoppeln. Erforderlich wäre eine intensive Zusammenarbeit von Gewerkschaftern, Sozialdemokraten und Wissenschaftlern zu diesem Themenkomplex. Eine gründliche Identifizierung von dem, was moderne Industriepolitik ausmacht, wäre spannend und würde einen produktiven Austausch mit wechselseitigem Gewinn ermöglichen. Stoff für eine gemeinsame Positionsentwicklung liefern die Bio- und IT-Technologien genauso wie innovative Systemsteuerungen im Bereich von Mobilität, nachhaltiger Energienutzung oder Gesundheitsprävention.

Weiter geht immer

Die SPD wird bis Ende 2005 ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten. Es wäre von zentraler Bedeutung, wenn dieses Programm die Kluft zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten nicht größer, sondern kleiner machen würde. Dazu braucht es eine programmatische Arbeit auch innerhalb der Gewerkschaften. Ein systematischer Dialog zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokraten sollte jenseits des Gewerkschaftsrates etabliert werden. Ob das gelingt? Was die Kommunikation betrifft, wäre es notwendig, die Nachwuchskräfte von Gewerkschaften und Sozialdemokraten miteinander zu vernetzen. Wechselseitige Hospitanzen sind eine Idee, regelmäßige Begegnungen an den jeweiligen Wirkungsstätten in Betrieb und den Kommunal-, Landes- und Bundesparlamenten wären sinnvoll. Der programmatische Dialog kann nicht nur auf der Bundesebene bestritten werden. Hier gilt es, thematische Projekte wie z. B. Finanz- und Beschäftigungspolitik, die Arbeitszeitfrage oder Fragen moderne Industriepolitik kooperativ weiterzuentwickeln und dabei Kompetenzen in den Ländern bzw. Betrieben und Bezirken zusammenzuführen. Was die strategische Rationalität betrifft: Hier hilft tatsächlich nur ein rationaler Umgang miteinander - im beschriebenen Sinne. Ich bin nicht ohne Hoffnung.